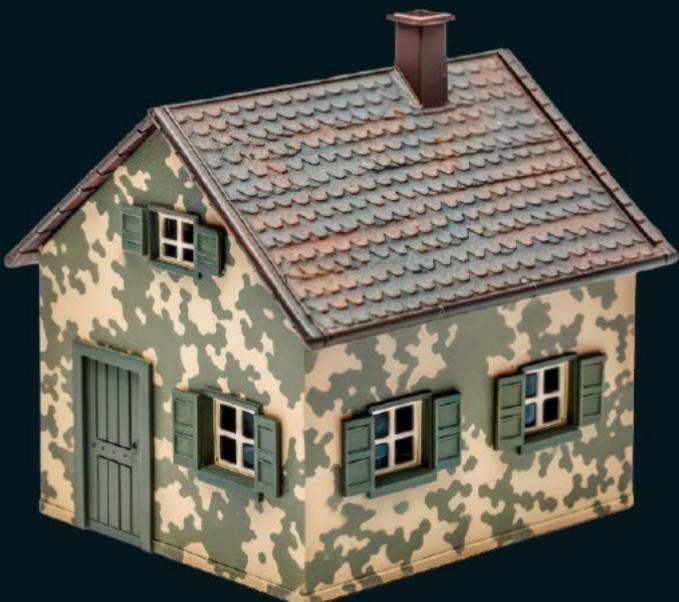


Marcus Klöckner

SPIEGEL
Bestseller-
Autor

KRIEGS- TÜCHTIG!

Deutschlands Mobilmachung
an der Heimatfront



FIFTY
FIFTY

FIFTY FIVE

MARCUS KLÖCKNER

KRIEGSTÜCHTIG!

**Deutschlands Mobilmachung
an der Heimatfront**

FIFTY FIVE

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnetnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.



ISBN: 978-3-946778-43-1

1. Auflage 2024

© Fiftyfifty Verlag Imprint der Buchkomplizen GmbH,
Siemensstr. 49, 50825 Köln

Umschlaggestaltung: Buchgut, Berlin

Druck und Bindung: Friedrich Pustet GmbH & Co. KG, Regensburg
Printed in Germany

*»Je mehr eine Nation sich von Nachbarn bedroht fühlt,
desto mehr wird sie sich zur Verteidigung rüsten, und desto mehr
wird die Nachbarnation ihre eigene Aufrüstung für das Gebot
der Stunde halten. Der längst erwartete Krieg ist dann nur noch
eine Frage der Zeit.«*

Paul Watzlawick

Inhalt

| | |
|---|-----|
| Einleitung | 9 |
| Kriegstüchtig – und dann? | 17 |
| Kriegstreiber: Sie sind unter uns | 29 |
| Politik: Waffen, Waffen und noch mehr Waffen | 53 |
| Gesellschaft: am Scheideweg | 73 |
| Krieg: Begreifen wir, was das bedeutet? | 81 |
| Soldaten: Helden, Mörder, Respekt, Verachtung | 95 |
| Fahnenflucht: Die Dämme brechen | 119 |
| Feindbild: Intellektuelle voraus | 133 |
| Kriegsmedien: schwere Schuld | 143 |
| Anmerkungen | 150 |

Einleitung

Die deutsche Gesellschaft muss sich zügig die Frage stellen: Will sie ihre Söhne und Töchter in den Kriegsstod schicken? Wenn sie das nicht will, dann wird es Zeit, dass sie ihre Stimme erhebt. Und das ist notwendig. Dringend. In Deutschland »spielen« nämlich Politiker, Journalisten, Wissenschaftler und Künstler mit dem Feuer. Ist die Gesellschaft bereit dazu, sie – auf beste demokratische Weise – davon abzubringen? Angebracht ist es. Denn so wie sie agieren, agieren auch Akteure in anderen Ländern der Nato. Geraten ihre Feuerspiele außer Kontrolle, ist die Gefahr eines Weltenbrands Realität. Wir schreiben das Jahr 2025 – und wir müssen über den Dritten Weltkrieg sprechen.

In der aktuellen Shell-Jugendstudie gaben 81 Prozent der Jugendlichen in Deutschland an, Angst vor einem »Krieg in Europa« zu haben. 2019 waren es 46 Prozent.¹ Ein Befund, der tief blicken lässt. Jugendlichen nehmen die drohende Kriegsgefahr wahr.

Zu beobachten ist, wie sich auf der politischen Ebene geostrategische Interessen und Tiefenpolitik mit Feindbilddenken, Lust am Militärischen, Unwissenheit, Naivität und Empathielosigkeit verbinden. Diese Mischung ist hochexplosiv. Unter dem Deckmantel der von Politik, Medien und Expertentum proklamierten »Zeitenwende« entfaltet sich eine zunehmend enthemmte Militarisierung von Politik und Gesellschaft. Unverantwortlich handelnde Politiker habe die Nato gegen Russland in Stellung gebracht. Eine Politik ist zu beobachten, die ihre »Bündnisverpflichtung« über

die historische Schuld Deutschlands gegenüber Russland stellt. Die deutsche Demuts- und Friedenspolitik, für die der Kniefall Willy Brandts in Warschau sinnbildlich steht, wurde zerschlagen, als ginge es um den Abriss einer Bretterbude. Deutsche Panzer gegen russische Soldaten? Längst Realität. »Video zeigt deutschen Leopard-2-Panzer im Nahkampf mit Russen-Kolonne: ›Der Wahnsinn!«², lautet eine *Focus*-Überschrift. Lassen wir die unerträgliche Sprache in den Medien mal beiseite. Die eingeschlagene Politik gegenüber Russland ist an historischer Asozialität nur schwer zu überbieten. Weite Teile der Politik haben ihren Sinn und Verstand einer eiskalten transatlantischen Tiefen- und Geopolitik untergeordnet. Zum schweren Nachteil Deutschlands und seiner Bürger. Die Auswirkungen dieser Politik sind weitreichend. Dass unser Land kriegstüchtig werden soll, ist eine dieser Auswirkungen. Die Stationierung von atomar bestückbaren, weitreichenden US-Raketen in Deutschland zeigt, dass diese Entwicklung uns alle betrifft. Der Politikwissenschaftler Johannes Varwick spricht von der »kontroversesten sicherheitspolitischen Debatte der Jahre 2024/25«.³

Längst stehen sogar der Auf- und Ausbau eines Heimatschutzes mit auf der Agenda. Unverhohlen heißt es in den Medien: »Wir rufen zu den Waffen.«⁴ Die Frage: »Wie kann sich ein Gesundheitssystem kriegstüchtig machen (...)?«⁵ ist auch schon öffentlich gestellt. Olaf Scholz betont in einem Interview, dass es auch bei »der Frage von Krieg und Frieden« »keine rote Linien« in der Politik geben dürfe.⁶ CDU-Vorsitzender und Kanzlerkandidat Friedrich Merz spricht in der ARD über eine Grundgesetzänderung, so dass auch Frauen eine »Dienstplicht« zu leisten haben.⁷ Der Präsident des Bundesnachrichtendienstes, Bruno Kahl, sagte bei einer öffentlichen Anhörung: »Ob wir wollen oder nicht, wir stehen in einer direkten Auseinandersetzung mit Russland. Und die Feinderklärung hat Putin längst gegenüber uns vorgenommen.«⁸ Der Generalinspekteur der Bundeswehr äußert sich in einem *Spiegel*-Interview mit den Worten: »Wir müssen verstehen, dass

Bedrohung die neue Normalität ist (...).«⁹ Und der Befehlshaber der NATO, US-General Christopher Cavalli, merkt an: »Wir bereiten uns ernsthaft auf den Verteidigungsfall vor.«¹⁰

So sieht die Entwicklung aus.

*

Nachdem die Gesellschaften über Jahrzehnte in der Geiselhaft des Kalten Krieges mit dem Ausblick auf die nukleare Katastrophe leben mussten, haben Politiker heute nichts anderes zu bieten als eine Politik der Konfrontation. Aufrüstung ist das Credo. Zur Lösung des Krieges in der Ukraine fällt der Politik ein: Waffen, Waffen und noch mehr Waffen! Und wenn das nicht hilft? Dann ziehen sie eben ganz Europa mit in den Sumpf des Militärischen. »Wenn es notwendig ist, werden wir sie auch mit militärischen Mitteln verteidigen«, sagt Friedrich Merz zum Publikum bei einer Veranstaltung.¹¹ Mit »sie« meint der CDU-Politiker »unsere Freiheit«. Natürlich geht es inhaltlich in der Rede um Russland.

*

Deutschland, so heißt es, müsse »kriegstüchtig« werden. Kriegstüchtig? Begreifen diejenigen, die solch einen monströsen Begriff aus ihrem Mund ausstoßen, überhaupt, was sie da sagen?

Auf Kriegstüchtigkeit kann, schneller als uns lieb ist, der Krieg folgen. Und das heißt: Gräben gefüllt mit Blut und Tränen, die Kriegsländer in allen Himmelsrichtungen durchziehen. Zehntausende, hunderttausende, und vielleicht Millionen Kriegstote gehen irgendwann auf das Konto einer Politik, die zuvor »Kriegstüchtigkeit« als Notwendigkeit gegenüber dem Volk verkauft hat. Nur: Wenn der Boden, den es mit allen Mitteln zu verteidigen gilt, angeblich so wertvoll ist: Warum stehen die Politiker mit ihren Söhnen und Töchtern nicht selbst in der ersten Reihe und verteidigen ihn? Statt-

dessen sollen bei einem Kriegsausbruch junge Männer und Frauen, die noch ihr ganzes Leben vor sich haben, in ihrer Naivität und Wehrlosigkeit und dem Rückenwind der Propaganda an die Front geschickt werden. Und das heißt: in den Kriegstod. Die Körper in Stücke gerissen, Gesicht weggeschossen, der Kopf zerfetzt, Arme, Bein im Feldlazarett amputiert oder gar gleich komplett durch die Hitzeentwicklung der explodierenden Bomben verdampft. Übrig bleibt: nichts mehr. Vielleicht ein Knochensplitter. Irgendwo im Boden. Der angeblich so kostbar ist. So war es jedenfalls immer. Warum sollte es dieses Mal anders sein? Vielen scheint das immer noch nicht so recht klar. Vor unseren Augen entsteht eine Kriegspolitik. Diese Kriegspolitik baut auf den Schiffbruch der Diplomatie auf. Und dieser diplomatische Schiffbruch war kein »Betriebsunfall der Geschichte«. Vielmehr lässt sich der Schluss ziehen, dass »Diplomaten« mutwillig und vorsätzlich mit der Axt das »Schiff der Diplomatie« zum Untergehen gebracht haben. Denn selbst mit sehr viel Wohlwollen wird es schwer, westliche Politik als deeskalierend zu bezeichnen. Nein, das wäre geradezu ein eklatanter Bruch mit der Realität. Richtig ist: Russland hat am 24. Februar 2022 die Ukraine überfallen. Das zu verurteilen ist eine Selbstverständlichkeit. Doch gerade in einer Situation, wo es am langen Ende um die Frage von Krieg und Frieden in Europa, wenn nicht in der Welt geht, braucht es dringend Diplomatie. Was es nicht braucht, sind Politiker, die den Eindruck hinterlassen, sie müssen den Begriff Frieden in einem Wörterbuch nachschauen. Wohin soll der eingeschlagene Weg führen? Wohin er bisher geführt hat, ist deutlich zu sehen: zu unfassbarem menschlichen Leid in der Ukraine. Das kann und darf unter keinen Umständen so weitergehen.

*

Wie können sie, die Politiker, aber auch Journalisten, sich in Anbetracht des Kriegsgrauens erdreisten, von einer »Kriegstüchtig-

keit« zu sprechen? Müssen die Augen der Welt denn erneut das Morden auf Schlachtfeldern mit ansehen? Hat die Politik wirklich nichts aus den vergangenen Schrecken des Krieges gelernt? Wir sollen »kriegstüchtig« werden, damit »unser« Feind, der doch gar nicht unser Feind ist, »abgeschreckt« und ein Krieg vermieden werden soll? Wenn man nach den genauen Gründen für die Kriegstüchtigkeit fragt, ergießt sich eine Kakophonie aus der Hausproduktion der Kalten Krieger: *Russland, Putin, Nato, Ostflanke, Litauen, Angriff, Verteidigung, russischer Angriffskrieg, brutal, Überfall*. Was soll das sein? Jaja, wir alle kennen die Entwicklungen. Deshalb aber soll Deutschland Milliarden in die Rüstungsindustrie pumpen? Dafür sollen »wir« kriegstüchtig werden und bereit sein, unser Land ins Unglück zu stürzen? Gibt es hier denn gar keinen Sinn und Verstand mehr? Ob Deutschland über 50, 500, 5000 oder 50 000 Panzer verfügt: Eine Atommacht drückt einmal auf den Knopf und dann ist nichts mehr mit Kriegstüchtigkeit. Will sich die deutsche Gesellschaft wirklich für so dumm verkaufen lassen, als dass sie einer Politik folgt, die ein Feindbild schmiedet, das es dann zu bekämpfen versucht?

*

Während dieses Buch in seiner Schlussphase ist, überschlagen sich die Ereignisse. Die Amerikaner haben Donald Trump zu ihrem 47. Präsidenten gewählt. Und in Deutschland fällt die Regierungskoalition auseinander. Scholz hat angekündigt, die Vertrauensfrage zu stellen, danach gegebenenfalls Neuwahlen. Merz spricht im Bundestag davon, dass er Russland ein Ultimatum stellen will.¹² Entweder höre Russland innerhalb von 24 mit der Bombardierung ziviler Ziele auf oder die Ukraine erhalte deutsche Taurus-Raketen, mit denen Ziele in Russland angegriffen werden können. Medien sprechen von einem »Kriegs-Ultimatum an Putin«¹³. Und der Niederländer Mark Rutte, Generalsekretär der Nato, sagt:

»Wir sehen, dass der euro-atlantische und der indo-pazifische Raum nicht zwei separate Schauplätze sind. All das wächst zunehmend zusammen, und was in der Ukraine geschieht, hat globale Auswirkungen. Das bedeutet, dass wir den Kurs beibehalten müssen, dass wir die Verteidigungsproduktion in den Vereinigten Staaten und hier in Europa erhöhen müssen, dass wir mehr ausgeben müssen und dass wir mehr tun müssen, um sicherzustellen, dass die Ukraine sich durchsetzen kann.«¹⁴

Obendrauf erteilt US-Präsident Joe Biden auch noch die Freigabe zur Nutzung von amerikanischen Langstreckenraketen gegen Russland.

Aus Ruttes Aussagen wird deutlich, dass zwei große Konflikte dieser Zeit, nämlich der Konflikt mit Russland als auch mit China, vonseiten der Nato als zusammenhängend gedacht werden. Das ist zwar nicht überraschend und die Aussagen wirken trocken, nüchtern. Aber es gilt genau hinzuhören. An den Worten des Nato-Mannes lässt sich ablesen, dass innerhalb des stärksten Militärbündnisses der Welt eine Betrachtungsweise veranschlagt wird, an der sich ein Dritter Weltkrieg ausrichten kann. Wenn hier aus Nato-Sicht von einem »Zusammenwachsen« der »Schauplätze« »euro-atlantischer« und »indo-pazifischer« Raum gesprochen wird, drängt sich der Verdacht auf, dass auch die heiße militärische Konfliktebene als realistisch betrachtet wird. Und das wäre der Dritte Weltkrieg.

Selbst unter den positivsten Annahmen, dass mit einem US-Präsidenten Trump der Krieg in der Ukraine eingefroren oder gar vordergründig beendet werden sollte: In Anbetracht dessen, wie weit die Politik der Konfrontation und Eskalation bereits fortgeschritten ist, fällt es schwer davon auszugehen, dass sich die Situation zwischen der Nato und Russland einfach so kurz- oder mittelfristig auflösen wird. Vieles spricht für eine Fortsetzung der Konfrontationspolitik vonseiten Europas – gegebenenfalls auch ohne die USA, die sich für die Dauer der Trumpschen Amts-

zeit aus dem weiteren Konflikt oder gar einem Krieg zwischen Russland und den Nato-Staaten rausziehen könnten. Denkbar ist längst vieles, wenngleich die Gesamtsituation dynamisch und von Unschärfen durchzogen ist.

Für die Bürger in Deutschland ist entscheidend, dass Großmächte längst eine weltpolitische Dynamik in Gang gesetzt haben, die den Frieden bedroht – auch in Deutschland. Der Koalitionsbruch kann als »Flurbereinigung« betrachtet werden. Akteure drängen in den Raum der politischen Entscheidungsebene, die eine Konfrontations- und, wie es aussieht, auch Kriegspolitik mit gelöster Handbremse veranschlagen wollen. Wie auch immer sich die Lage außen- und innenpolitisch entwickeln wird: Die Gesellschaft muss sich im Klaren darüber werden, dass das Ziel Kriegstüchtigkeit nicht aus einer »Laune« heraus vorgegeben wird.

Gerade lautet eine Nachricht: »Bundeswehr bereitet Unternehmen auf den Kriegsfall vor«¹⁵. All das, was an dieser Stelle holzschnittartig zusammengefasst ist, hat seine Gründe. Das Kriegsgetrommel ist nicht einfach nur aus einer »Laune« der Politik heraus zu hören.

*

»Lieber 100 Stunden umsonst verhandeln, als eine Minute schießen.« Das sagte der ehemalige Bundeskanzler Helmut Schmidt. Warum orientieren sich Politiker nicht an diesen Worten? Wann dringt die Erkenntnis endlich durch, dass jeder Kompromiss, egal wie gut oder schlecht er ist, besser ist, als junge Menschen in den Kriegsstod zu schicken? Wann begreifen deutsche Politiker endlich, dass Russland nicht unser Feind ist? Wann erkennen sie, dass der größte Teil der Deutschen in Frieden leben und *nicht* kriegstüchtig werden will? Genauso übrigens die Russen. Eine Politik, die das nicht einsehen will, muss abtreten. Und zwar schnell. Im besten Sinne des Friedens, des Grundgesetzes und der Demokratie.